STADT BIELEFELD **Sitzung Nr.**
- Sozial- und Gesundheitsausschuss - **SGA/049/2025**

Niederschrift

über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

am 11.03.2025

Tagungsort:	Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:47 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Dr. Christiana Bauer	bis 18:45 Uhr
Herr Vincenzo Copertino	
Frau Tanja Orlowski	
Herr Stephan Richter	als Vertretung für Herrn Kuhlmann, bis 19:00 Uhr
Herr Michael Weber	

SPD

Herr Melchior Fluhme	ab 18:20 Uhr
Frau Sylvia Gorsler	
Herr Birol Keskin	als Vertretung für Herrn Kollmeier, bis 18:20 Uhr
Herr Björn Klaus	als Vertretung für Hern Fluhme, bis 18:20 Uhr
Herr Markus Kollmeier	ab 18:20 Uhr
Frau Regine Weißenfeld	bis 18:50 Uhr

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Arne Gieselmann	als Vertretung für Herrn Spieker
Herr Joachim Hood	
Frau Sarah Laukötter	
Frau Ruth Wegner	als Vertretung für Frau Mamerow

FDP

Herr Nick Focke

Die PARTEI

Herr Christian Loth

AfD

Herr Dr. Dietrich Hahn	als Vertretung für Herrn Dr. Sander

Die Linke

Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Iris Huber	Seniorenrat
Herr Daniel Müller	Psychiatriebeirat

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich
Herr Michael Gugat
Frau Gordana Kathrin Rammert

Verwaltung

Frau Silke Aron	Büro für Sozialplanung
Herr Andreas Döding	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Frau Julia Harmsen	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Herr Felix Heckersdorf	Büro für Sozialplanung, bis 18:30 Uhr
Herr Aiko Linnenbürger	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Herr Simon Löwenstein	CDU-Fraktionsreferent
Herr Kapriel Meser	Kommunales Integrationszentrum
Herr Ingo Nürnberger	Erster Beigeordneter Dezernat 5
Frau Elke Riemann	Stab Dezernat 3
Frau Claudia Schoof	Büro für Sozialplanung
Herr Sören Wiebusch	Stab Dezernat 5

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt

Gäste

Herr Alex	Jobcenter ArbeitPlus Bielefeld
Herr Dräger	Agentur für Arbeit Bielefeld
Herr Kotthaus	Stadtwerke Bielefeld
Herr Ulrich Paus	AGW, bis 18: 20 Uhr
Frau Steininger	Psychiatriebeirat

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Anwesenden zur 49. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Vorsitzende Frau Gorsler teilt zur **Tagesordnung** mit, dass die Unterlagen für die heutige Sitzung im Gremieninformationsportal eingestellt seien.

Nach Versand der Einladung sei fristgerecht noch die **Anfrage der Fraktion Die Linke** vom 28.02.2025 zur Finanzierung der 60+ - Tickets, sog. Silber-Abos, Drucksache **9716/2020-2025,** eingegangen. Diese sei als **TOP 3.3** in die Tagesordnung der Sitzung eingepflegt. Die Antwort der Verwaltung hierzu stehe noch aus.

Weiterhin habe der Rat der Stadt Bielefeld in seiner Sitzung am 06.03.2025 **zwei Anträge** zur weiteren Beratung an den SGA verwiesen:

- Selbstbestimmt statt Bezahlkarte! Opt-Out-Regelung zur Bezahlkarte für Geflüchtete in Bielefeld (Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 25.02.2025), Drucksache **9672/2020-2025 sowie**
- Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu Drucks.-Nr. 9672/2020-2025, Drucksache **9766/2020-2025**

Diese würden unter **TOP 4.2** Bezahlkarte für Geflüchtete im Leistungsbezug des AsylbLG behandelt.

Als **neuer TOP** solle die Beschlussvorlage „Weiterführung des Projektes für wohnungslose Menschen in der Ernst-Rein-Straße“ mit der **Drucksachennummer 9746/2020-2025** in die Tagesordnung aufgenommen werden. *(Die Vorlage wird als Tischvorlage verteilt und unter der heutigen SGA-Sitzung in Informationsportal zur Verfügung gestellt.)*
Vorsitzende Frau Gorsler lässt über diese Erweiterung der Tagesordnung abstimmen, sie wird einstimmig angenommen.

Die Vorsitzende teilt mit, dass es zu **TOP 7** „Rabattierung und Finanzierung der Sozialtickets in Bielefeld ab 2025“, Drucksache **9148/2020-2025,** noch Beratungsbedarf gebe und eine Behandlung in der heutigen Sitzung daher nicht erfolge.

Vorsitzende Frau Gorsler weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage „Weiterentwicklung Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen - Sachstand“, Drucksache **9685/2020-2025**, unter **TOP 10 in 1. Lesung** beraten werde, um der Bezirksvertretung Mitte und dem Integrationsrat vor einer Beschlussfassung des SGA Gelegenheit zur Beratung zu geben.

Auf Wunsch mehrerer Fraktionen solle die Beratungsreihenfolge dahingehend geändert werden, dass die Beschlussfassungen vorgezogen und die Beratung zu den TOPs 4.1, 9 und 10 zusammengefasst würden Damit ergebe sich nach TOP 3 bis TOP 11 folgende **neue Beratungsreihenfolge:**

TOP 4.2	Bezahlkarte für Geflüchtete
TOP 9, 10 und 4.1	Zwischenbericht - Maßnahmen zur Gestaltung des unmittelbaren Stadthallenumfelds Weiterentwicklung Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen - Sachstand Zielgerichtete Prävention (Anträge)
Neuer TOP	Weiterführung des Projektes für wohnungslose Menschen in der Ernst-Rein-Straße
TOP 5	Informationen zu Aus- und Weiterbildungsinitiativen
TOP 6	Errichtung öffentlicher Trinkwasserbrunnen in Bielefeld
TOP 8	Transformation des Sprachmittlungsdienstes für die Stadt Bielefeld
TOP 11	Vorbereitung der Vertragsperiode 2026-2028 der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF)

Beschluss:
Der wie dargestellt geänderten Tagesordnung wird mit einer Enthaltung zugestimmt.

Vorsitzende Frau Gorsler führt **Herrn Arne Gieselmann** als neuen sachkundigen Bürger ein und **verpflichtet** ihn nach folgender Formel:
„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde."

Herr Arne Gieselmann bekräftigt seine Zustimmung mit einem vernehmbaren „Ja.".

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 48. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 18.02.2025

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 48. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.02.2025 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 10.02.2025 zur sog. „Wohnkostenlücke“

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9601/2020-2025

Frau Beier beunruhigt die Steigerung der Fallzahlen und des Kürzungsbetrages. Sie fordert mehr Sozialwohnungen und eine Überprüfung der Angemessenheitsgrenzen.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis. -**

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Terminvergabe und Erreichbarkeit des Jobcenters (Drs. 9605) - hier: Zusatzfrage von Herrn Hood in der Sitzung am 18.02.2025 zur geänderten E-Mail-Erreichbarkeit

Herr Hood meint aufgrund der ihm zugegangenen Rückmeldungen, dass es mit den getroffenen Maßnahmen nicht gelungen sei, die Servicequalität zu verbessern. Das Thema solle in der Trägerversammlung nochmals nachbereitet werden. Herr Gugat regt an, die Kund*innen des Jobcenters vor geplanten Änderungen mit einzubeziehen.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis. -**

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Finanzierung der 60+ - Tickets, sog. Silber-Abos - Anfrage der Fraktion Die Linke vom 28.02.2025

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9716/2020-2025

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Zielgerichtete Prävention (Antrag der CDU-Fraktion vom 05.11.2024)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:
9011/2020-2025 (Antrag der CDU-Fraktion vom 05.11.2024)
9078/2020-2025 (Änderungsantrag der AfD-Ratsgruppe zur Drucks.-Nr. 9011/2020-2025)
9228/2020-2025 (Änderungsantrag der Lokaldemokratie in Bielefeld zur Drucks.-Nr. 9011/2020-2025 vom 04.12.2024)

- -
Hinweis der Schriftführung:
Dieser TOP wurde nach TOP 4.2 zusammen mit den TOP 9 und 10 beraten.
- -

Die Anträge mit den Drucksachennummern
9011/2020-2025,
9078/2020-2025 und
9228/2020-2025
wurden jeweils von den Antragstellern **zurückgezogen**.

-.-.-

Zu Punkt 4.1.3 **Zielgerichtete Prävention“ - Gemeinsamer Antrag von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke vom 10.03.2025**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9796/2020-2025

- -
Hinweis der Schriftführung:
Dieser TOP wurde nach TOP 4.2 zusammen mit den TOP 9 und 10 beraten.
- -

Herr Copertino dankt für die konstruktiven Gespräche und Beratungen, besonders der AGW, dem Psychiatriebeirat und der Drogenberatung, die fachlich zu diesem konsensualen Antrag beigetragen hätten. Auch Herr Hood hält den Interessenausgleich für gelungen. Herr Gugat merkt an, er könne dem Antrag zustimmen, wobei seiner Auffassung nach nur Punkt 4 einen neuen Aspekt einbringe. Frau Weißenfeld erwidert, dass der gemeinsame Antrag die Suchthilfe in Bielefeld voranbringe.

Abschließend stellt Vorsitzende Frau Gorsler den gemeinsamen Antrag mit der Drucksachennummer 9796/2020-2025 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen wurde ein dialogisches Verfahren vereinbart. Diese Vereinbarung beinhaltet, dass die Fachausschüsse (JHA und SGA) jeweils zur Hälfte der jeweiligen Laufzeit einen umfangreichen Bericht erhalten. Die Situation im Bereich Drogenhilfe, Obdachlosigkeit etc. in Bielefeld verändert sich stetig. Dementsprechend müssen die Hilfsangebote regelmäßig angepasst werden. Sämtliche Angebote und Einrichtungen der Drogen- und Wohnungslosenhilfe in Bielefeld sollen deshalb jährlich auf ihre Wirkungsweise und Zielgenauigkeit geprüft werden.

2. Der SGA hat vereinbart, dass die Drogenhilfe den Zugang zum Drogenhilfezentrum und zum Drogenkonsumraum zu 90% Bielefeldern und zu 10% Personen aus dem Umkreis, die sich aber ständig im Stadtgebiet aufhalten, öffnet. Nach Ablauf der einjährigen Testphase der „90/10“ Regelung wird dem SGA eine Evaluation und ein umfassender Erfahrungsbericht vorgelegt, wie die Inanspruchnahme des Drogenhilfezentrums und des Drogenkonsumraums von Nicht-Bielefeldern ist und wie sich diesbezüglich der Austausch mit Nachbarkommunen gestaltet hat. Anhand der Ergebnisse und Erfahrungen soll geprüft werden, ob die „90/10“-Regelung fortgesetzt werden soll oder ob mittelfristig der Zugang zu den Angeboten und Einrichtungen der Drogenhilfe in Bielefeld nur denen vorbehalten sein soll, die ihren Wohnsitz in Bielefeld haben.

3. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie ein erweitertes Angebot als Anlaufstelle mit Tagesruhebetten im Bahnhofsumfeld einschließlich Beratung geschaffen werden kann. Hierdurch soll Suchtkranken bei Erschöpfung und Ermüdung ein Rückzugsort außerhalb des öffentlichen Raumes ermöglicht werden.

4. Das Durchschnittsalter der suchterkrankten Menschen in Bielefeld steigt seit Jahren kontinuierlich an. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, welches die mit dem Alter einhergehenden spezifischen Herausforderungen (beispielsweise Fragen der Pflege und Gesundheitsvorsorge) berücksichtigt und Lösungen aufzeigt. Das Konzept ist zur Beratung dem Fachausschuss bis Herbst 2025 vorzulegen.

5. Die Zusammenarbeit von Polizei, Ordnungsamt als repressiver Teil und Streetwork, Drogenberatung, Diamorphinpraxis etc. als Teil der sozialarbeiterischen und medizinischen Hilfsangebote soll weiter intensiviert und aufeinander abgestimmt werden. Die Verwaltung erarbeitet Maßnahmen mit dem Ziel, den offenen Konsum einzudämmen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Bezahlkarte für Geflüchtete im Leistungsbezug des AsylbLG

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:
9476/2020-2025 (Antrag der CDU-Fraktion vom 28.01.2025)
9672/2020-2025 (Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 25.02.2025)
9766/2020-2025 (Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu Drucks.-Nr. 9672/2020-2025)

- -
Hinweis der Schriftführung:
Dieser TOP wurde unmittelbar nach TOP 3 beraten.
- -

Frau Bauer bringt den CDU-Antrag ein, begründet ihn und bittet um Zustimmung.

Frau Laukötter erklärt die Ablehnung des CDU-Antrags durch die Koalitionsfraktionen. Sie begründet den Antrag der Koalition und bittet um die Ergänzung durch die Formulierung „Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat Stadt Bielefeld zu beschließen:".

Herr Focke verweist auf die bisherigen Diskussionen zu dem Thema und spricht sich für eine Bezahlkarte aus.

Nach weiteren Wortbeiträgen lässt Vorsitzende Frau Gorsler über die Anträge abstimmen.

Drucksache: **9476/2020-2025** Antrag der CDU-Fraktion vom 28.01.2025
Antragstext:
Die Verwaltung wird beauftragt, die ab dem zweiten Quartal 2025 vom Land Nordrhein-Westfalen eröffnete Möglichkeit zu nutzen und die Bezahlkarte für Geflüchtete auch in Bielefeld nach dem Landesmodell einzuführen.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Drucksache: **9766/2020-2025** Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu Drucks.-Nr. 9672/2020-2025
Antragstext:
1. Die von SPD-Bundeskanzler Scholz und den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder von CDU, SPD und Grünen beschlossene Bezahlkarte wird auch in Bielefeld eingeführt.
2. Der Rat der Stadt Bielefeld teilt die Einschätzung der Bundesregierung und insbesondere der SPD-Bundesinnenministerin, dass die flächendeckende Einführung der mit einheitlichen Standards erarbeiteten Bezahlkarte einen Beitrag zur Verminderung der irregulären Migration darstellt.
3. Der Rat der Stadt Bielefeld unterstützt das von der SPD-geführten Bundesregierung zusammen mit den Regierungschefinnen und -chefs der Bundesländer von CDU, SPD und Grünen gefasste Ziel, die irreguläre Mig-

ration nach Deutschland zu zurückzuführen, zu begrenzen und Pull-Faktoren wie die Verfügbarkeit von Bargeld und ins Ausland überweisbare Zahlungen zu minimieren.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Drucksache: **9672/2020-2025** Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 25.02.2025

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat Stadt Bielefeld zu beschließen:

Der Rat Stadt Bielefeld nutzt die Opt-Out Regelung, um die sogenannte Bezahlkarte für Geflüchtete im Zuständigkeitsbereich der Stadt nicht einzuführen. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte im Rahmen der Verordnung gegen die Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz (Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW § 4) gegenüber dem Land NRW vorzunehmen.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5 Informationen zu Aus- und Weiterbildungsinitiativen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9699/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Alex, der für Fragen zur Verfügung stehe.

Herr Kollmeier bedankt sich unter Hinweis auf den zugrundeliegenden Antrag für die Informationsvorlage und fragt, wie es mit dem Runden Tisch Aus- und Weiterbildung weitergehe. Herr Alex antwortet, dass es hierbei vor allem auf die Finanzierungsmöglichkeiten ankäme. Im Rechtskreis des SGB III gebe es auskömmliche Mittel, um Maßnahmen sowohl für arbeitslose Menschen, als auch für solche, die sich in Arbeit befänden, anzubieten.

Herr Hood begrüßt die Vielzahl an Informationsportalen auf den verschiedenen Ebenen, er teile aber nicht die Einschätzung zum Kölner Modell.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 9699/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 6 **Errichtung öffentlicher Trinkwasserbrunnen in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9691/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Kotthaus.

Nach einer kurzen Einführung von Frau Harmsen stellt Herr Kotthaus den Sachstand zu Trinkwasserspendern in Bielefeld vor. Die dafür verwendete Präsentation steht als **Anlage 1** zu TOP 6 der 49. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Gremieninformationssystem öffentlich zur Verfügung.

Im Anschluss beantwortet Herr Kotthaus Fragen der Anwesenden.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 9691/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 7 **Rabattierung und Finanzierung der Sozialtickets in Bielefeld ab 2025**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9148/2020-2025

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 8 **Transformation des Sprachmittlungsdienstes für die Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9685/2020-2025

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger informiert darüber, dass das bewährte System der Sprachmittler*innen aufgrund des sog. Herrenberg-Urteils aufgegeben werden müsse. Mit dem vorliegenden Vorschlag solle ein Angebot aufrechterhalten werden, welches aber wegen der gebotenen Haushaltsneutralität nicht genau das bisherige Niveau werde haben können.

Herr Meser beantwortet die Frage von Herrn Hood, dass die vom Bundestag beschlossene Übergangsregelung nur für Lehrkräfte gelte und hier nicht anwendbar sei.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

1. **Die Stadt Bielefeld sieht die dringende Notwendigkeit, im Zuge einer gelingenden Integration und zur Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben einen Sprachmittlungsdienst vorzuhalten. Das bisherige System des Laiensprachmittlungspools ist vor dem Hintergrund einer neuen Rechtslage umzustellen.**

2. **Im Zuge dieser Transformation werden befristet für die Zeit bis 31.12.2026 überplanmäßig 5,6 VZÄ für den Einsatz von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern bereitgestellt. Dem damit verbundenen überplanmäßigen Personalaufwand von 126.000 € für das Jahr 2025 und von 252.000 € für das Jahr 2026 bei der Produktgruppe 110127 Kommunale Integrationsarbeit / -förderung wird zugestimmt. Die Deckung der Mehraufwendungen erfolgt aus Minderaufwendungen bei**
   - **500/SK 52910000/PSP 11.05.03.04.0001**
   - **510/SK 52910000 im allgemeinen Budget des Jugendamtes**
   - **530/SK 52910000/PSP 11.07.01.01, 11.07.01.02, 11.07.03.03, 11.07.03.04, 11.07.04.02**
   - **320/SK 52910000 / Kostenstelle 320090.**

3. **Zur Sicherstellung der Dienst- und Fachaufsicht über die neuen Mitarbeitenden sowie zur weiteren Ausgestaltung des Transformationsprozesses sowie der Akquise neuer Ehrenamtlicher und der Koordination des dezernats- und ämterübergreifenden Einsatzes der Sprachmittlungskräfte wird befristet bis 31.12.2026 überplanmäßig außerdem eine 0,5 Stelle im Kommunalen Integrationszentrum bereitgestellt. Die Deckung der Mehraufwendungen erfolgt aus Minderaufwendungen bei Sachkonto 54000000 / PSP Element 11.01.27.02.0003.**

4. **Dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Finanz- und Personalausschuss sowie dem Integrationsrat ist Anfang 2026 über die Umsetzung zu berichten, damit auf dieser Grundlage Entscheidungen für die Zeit ab 2027 getroffen werden; insbesondere auch im Hinblick auf eine ggfls. geplante Verstetigung der überplanmäßigen Personalressourcen im Stellenplan 2027.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9 **Zwischenbericht - Maßnahmen zur Gestaltung des unmittelbaren Stadthallenumfelds**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9638/2020-2025

- -
Hinweis der Schriftführung:
Dieser TOP wurde nach TOP 4.2 zusammen mit TOP 10 beraten.
Die Protokollierung erfolgt unter TOP 10 „Weiterentwicklung Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen - Sachstand“.
- -

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 9638/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 10 **Weiterentwicklung Hilfen für Menschen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen - Sachstand**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9442/2020-2025

- -
Hinweis der Schriftführung:
Dieser TOP wurde nach TOP 4.2 zusammen mit TOP 9 „Zwischenbericht - Maßnahmen zur Gestaltung des unmittelbaren Stadthallenumfelds“ beraten.
- -

Zur Einführung in das Thema wird ein Film mit Streetwork-Originaltönen vorgespielt. Vorsitzende Frau Gorsler greift diese auf und leitet zu den Überlegungen über die Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes über, zu denen es die Informationsvorlage mit der Drucksachennummer 9638/2020-2025 gebe. Sie werde ergänzt durch die Beschlussvorlage mit der Drucksachennummer 9442/2020-2025.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert anhand einer Präsentation den Sachstand zu bereits ergriffenen Maßnahmen. Herr Heckersdorf berichtet über den interkommunalen Austausch mit den Nachbarkommunen. Dann stellt Erster Beigeordneter Herr Nürnberger die Ziele des Konzeptes am Bahnhof und die Vorschläge aus der Beschlussvorlage mit der Drucksachennummer 9442/2020-2025 vor. Die Präsentation steht als **Anlage 2** zu TOP 10 der 49. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses öffentlich im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

In der folgenden Beratung betonen Redner*innen von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke sowie LiB übereinstimmend, dass mit dem gemeinsamen Antrag zusammen mit den getroffenen Maßnahmen und den zu beratenden Vorschlägen ein Schritt in die richtige Richtung unternommen werde.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger antwortet auf die Fragen zur Finanzierung der Vorhaben, dass die von der Stadt selbst zu tragenden Aufwendungen von grob gerechnet 1 Mio. Euro die größte Hürde sein würden. Herr Heckersdorf gibt Informationen zum Substitutions-Modellprojekt und dem künftigen Streetwork.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 9442/2020-2025 in **erster Lesung** zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Neuer TOP **<u>Weiterführung des Projektes für wohnungslose Menschen in der Ernst-Rein-Straße</u>**

<u>Beratungsgrundlage:</u>
Drucksachennummer: 9746/2020-2025

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger stellt die kurzfristig zur Verfügung gestellte Beschlussvorlage inhaltlich vor. Er wirbt um die Zustimmung zur Fortführung der sozialen Betreuung und zur Prüfung einer dauerhaften Lösung an dieser Örtlichkeit.

Auf die Frage von Herrn Copertino nach den Gründen für die Dringlichkeit antwortet Herr Linnenbürger, dass die Vertragslaufzeit jeweils an die Dauer der befristeten Baugenehmigung gekoppelt sei und dass die Verwaltung das Ende zum 30.04.2025 nicht rechtzeitig genug beachtet habe.

Herr Hood fragt nach den jährlichen Gesamtkosten und nach dem baulichen Zustand der Container. Lt. Herrn Linnenbürger beliefen sich die Gesamtkosten der Einrichtung pro Jahr auf rd. 830.000 Euro. Herr Döding informiert über den Zustand der Container, die zu überschaubaren Konditionen so ertüchtigt werden könnten, dass eine Nutzung bis zum Ende der Baugenehmigung möglich sei.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden
<u>Beschluss:</u>

1. **Die Wohnungsloseneinrichtung an der Ernst-Rein-Str. wird weiterbetrieben. Die befristete Baugenehmigung wurde mit Bescheid vom 14.11.2024 bis zum 12.05.2028 verlängert. Vor diesem Hintergrund wird die zum 30.04.2025 auslaufende vertragliche Vereinbarung mit Bethel.regional zur sozialen Betreuung der Klientel entsprechend bis zum 30.04.2028 fortgeführt.**

2. **Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Prämissen die dauerhafte Fortführung der Einrichtung dort möglich ist.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 **Vorbereitung der Vertragsperiode 2026-2028 der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF) – Bericht über die Umsetzung der politischen Aufträge**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9675/2020-2025

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger informiert zusammen mit Herrn Wiebusch anhand einer Präsentation über das Ergebnis des formalen Verfahrens zur Abgabe von Problemanzeigen der Träger. Die Präsentation steht als **Anlage 3** zu TOP 11 der 49. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses öffentlich im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

Für die nächste SGA-Sitzung am 13.05.2025 kündigt er einen umfassenden Bericht an. Weiterhin hält er es für möglich, dass die vorbereitenden Beschlüsse für die Ratssitzung am 10.07.2025 erst in einer Sondersitzung - gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss - getroffen werden könnten. Ob bis dahin alle aufgerufenen Themen abschließend verhandelt werden könnten, könne er derzeit nicht absehen, möglicherweise werde es Übergangslösungen brauchen.

Frau Beier bedauert den enormen zeitlichen Druck. Sie betont, dass die neuen Bedarfe inhaltlich, fachlich und politisch diskutiert werden müssten, ob und wo sie ggf. Bestandsangebote ablösen sollten. Sie zeigt sich darüber enttäuscht, dass trotz der vielen Gespräche bislang keine konkreten Vorschläge aus dem Bereich der Träger gekommen seien.

Herr Hood ist über die Problemanzeigen zu den Regiekosten verwundert, ebenso über die Problemanzeigen aufgrund steigender Personalkosten, denn dazu gebe es doch im Eckdatenbeschluss gute Vorgaben. Er bedauert, dass Herr Paus nicht mehr anwesend sei, um hierzu Stellung zu nehmen. Er fragt, wie die weitere Information der Ausschussmitglieder erfolge, ob es eine Liste mit den Problemen, Lösungsvorschlägen, Einschätzungen und Umschichtungsvorschlägen der Verwaltung geben werde.

Herr Weber stimmt zu, dass die Beteiligung der Politik anspruchsvoll werde. Auch er hätte sich gewünscht, dass die AGW in der Sitzung für Fragen zur Verfügung gestanden hätte. Er sehe keine finanziellen Spielräume für monetäre Lösungen.

Herr Kollmeier meint, dass im Verfahren die richtigen Fragen gestellt worden seien und nun eine gemeinsame Lösung für das als fraktionsübergreifend als richtig empfundene System gefunden werden müsse. Er unterstreicht die Erwartungen an die Verwaltung, dass gute Lösungen gefunden und für die politische Entscheidungsfindung übersichtlich zur Verfügung gestellt würden.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger bedankt sich für die Rückmeldungen. Im Gegensatz zum Land NRW und dem Bund habe die Stadt Bielefeld keine Kürzungen in diesem Bereich vorgenommen, was eine sehr positive Aussage sei. Trotzdem werde nicht alles so bleiben können, wie es ist. Mit dem Verfahren sei man nicht später dran, als in den vergangenen Vertragsperioden, aber die Fülle der Meldungen und der gegebene finanzielle Rahmen machten es für alle Verfahrensbeteiligten herausfordernder.

Zu den Regiekosten bestätigt Erster Beigeordneter Herr Nürnberger, dass durch deren Geltendmachung auch Leistungen für die Menschen gekürzt werden könnten. Frau Schoof erläutert das Dynamisierungsdelta bei den Personalkosten, das entstehe, weil nicht alle an der Finanzierung Beteiligten Personalkostensteigerungen wie die Stadt Bielefeld berücksichtigten.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt, dass der Sachstand zum jetzigen Zeitpunkt noch vorläufig sei, weil die Verwaltung noch mitten im Prozess stehe und etliche Gespräche mit den Trägern zu führen seien. Als konkreten Zeitplan verabreden die Anwesenden, dass die Verwaltung bis zu den Osterferien der Politik eine dann aktuelle Übersicht zur Verfügung stellt.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 9675/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 12 **Einbürgerungsfeiern – Feierlicher Empfang als Anerkennung erfolgreicher Integration**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9662/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Drucks.-Nr. 9662/2020-2025 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 13 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es gibt nichts zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

gez.
Sylvia Gorsler
(Vorsitzende)

gez.
Britta Zimmermann
(Schriftführung)